

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei liegend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Sürchen, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebels.



Anzeigenpreis: Die sechspaltige Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreispaltige Kleinzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Sürchen, Baruth (Mark).
Für Anzeigen an vorangezeichneten Tagen, ferner für unbedeutlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 32

Dienstag, den 16. März

1926

Vor der Entscheidung.

Genf. Der größte Genfer Konflikt hat seine äußerste Spitze erreicht. Es gibt jetzt nur noch zwei Wege, entweder der deutsche Standpunkt wird grundsätzlich anerkannt, oder die Sache endet mit einem gewaltigen internationalen Streit, denn einen Umfall der Regierung Luthers hält man jetzt nicht mehr für möglich.

Die deutsche Auffassung.

Die Auffassung, die die deutsche Delegation von der Lage hegt, kann nach Ertüchtigungen an zuständiger Stelle wie folgt umschrieben werden:

Bei allem Bestreben, den Schwierigkeiten der Gesamtlage Rechnung zu tragen und durch einen beschleunigten Eintritt in den Völkerbund das Vertragswerk von Locarno in Kraft zu setzen, wäre es für Deutschland unmöglich, vor dem entscheidenden Grundgesetz abzugeben, vor dem Eintritt in den Völkerbund sich hinsichtlich der künftigen Politik in ihm nicht zu binden, was insbesondere für die Stellungnahme zu den Bestrebungen einzelner Mitglieder auf Ratssitze gelte.

Chamberlain ist erneut auf den schon am Sonntag von der deutschen Delegation gemachten Vorschlag hingewiesen worden, zum Studium der Frage der Ratserweiterung einen Ausschuss einzusetzen. Dr. Luthers hat hinzugefügt, daß dieser deutsche Vorschlag inzwischen von der Delegation in den Einzelheiten weiter ausgearbeitet worden ist.

Chamberlain ärgerlich.

Minister Chamberlain empfing nach der deutschen Abgabe die englische Presse. Er war außerordentlich pessimistisch. Soweit sich die Dinge jetzt beurteilen lassen, bedeutet das einen vollständigen Sieg der deutschen Auffassung, da der Rat mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht mehr den Mut aufbringen wird, irgendein Veto einzulegen.

Selbstverständlich ist es möglich, daß bei den ungeheuren diplomatischen Mitteln, die von der anderen Seite eingesetzt werden,

nach eine kurze Zeit der Anruhe

entsteht. In Wirklichkeit kann man annehmen, daß von der anderen Seite niemand den Mut aufbringen wird, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verhindern.

Die Bestürzung über das deutsche Nein.

Genf. Das entschiedene Nein der deutschen Delegation auf den Kompromißvorschlag des französischen Ministerpräsidenten Briand hat in Genf maßlose Bestürzung hervorgerufen. Briand sowohl wie Chamberlain sind ratlos. Die Nervosität ist um so größer, als die deutsche Delegation weiterhin unerschütterlich an ihrem Standpunkt festhält und mit Ruhe und Gelassenheit der Entwicklung der Dinge zusieht, ohne von sich aus einzugreifen. Gerade die eiserne Aube Dr. Luthers und Dr. Stresemanns

erhöhen die Ratlosigkeit und Bestürzung der anderen Delegierten. So wird aus Genf berichtet, daß der deutsche Außenminister feierlich in einer kleinen Versammlung sich und mit Freunden feststellte, wie alle fünf Minuten ein englischer oder französischer Journalist durch die Tür schaute und entsetzt zurückkam, da der deutsche Außenminister offenbar nur hier trant und zweitens den zahllosen Delegierten keinen Vorschlag machte.

Chamberlain fuhr mit seinem Auto vom Quartier der einen Delegation zu dem der anderen, aber nirgendwo fand er einen Ausweg aus der Klemme, in der er sitzt. Seine Gebuld droht zu reißen. So hat er zunächst in einer Rede vor der englischen Presse furchtbar auf die Deutschen gebührend eingeschimpft und sich wieder seines alten Schlagwortes bedient: „Wenn Deutschland siegt, so ist es das schwarze Schaf im Völkerbund.“

Schließlich hat er verzweifelt zugegeben, daß nur noch als einzige Möglichkeit die offen sei, daß nun der Rat einfach in offizieller Sitzung über das deutsche Aufnahmegeruch abstimmte.

Trotzdem gibt es noch Unentwegte in Genf, die hoffen, daß Deutschland sich Furcht einjagen läßt, wenn man ihm damit droht, daß Brasilien und Spanien gegen Deutschland stimmen würden und daß die deutsche Delegation dann abweisen müsse. Selbstverständlich steht jetzt im

Höhepunkt der Krise

das Intrigenspiel im verstärkten Maße ein. Man versucht, die Weltmeinung für sich zu gewinnen und alaubt es damit

erreichen zu können, daß Briand im Völkerbund erklären solle, Spanien und Brasilien hätten, trotz ihrer älteren Ansprüche, zugunsten Deutschlands auf einen ständigen Ratssitz verzichtet, und Deutschland habe nun die Absicht, den polnischen Staat, der ein Freund des Friedens sei, zu zerstören. Auch Briand erklärte auf die Frage, was er nun zu tun gedenke, daß er das selbst noch nicht wisse, er werde versuchen, Verhandlungen einzuleiten, aber er sei im Grunde hoffnungslos.

Der Stimmzettel soll entscheiden.

Brasilien und Spanien gegen Deutschlands Aufnahme.

Genf. Der Völkerbundrat trat am Sonnabend um drei Uhr zusammen und hat sich mit dem ständigen Ratssitz zu beschäftigen. Man hält es für sehr wahrscheinlich, daß England und Frankreich auf eine öffentliche Behandlung dieser Frage drängen werden.

Die Andeutungen, die in Kreisen der englischen Delegation gemacht wurden, daß Brasilien eventuell gegen den deutschen Ratssitz stimmen würde, haben sich noch verhärtet, doch soll von Chamberlain ein Versuch gemacht werden, Brasilien von seinem Veto abzurufen. Die brasilianische Regierung stützt sich bei ihrer Stellungnahme auf ihr Schreiben an die Reichsregierung, in dem sie Deutschland nur im Prinzip einen ständigen Ratssitz zugestanden haben will, im übrigen aber erklärt hätte, daß diese Frage mit allen anderen Fragen, die Deutschlands Eintritt in den Völkerbund berühren, nicht von Regierung zu Regierung, sondern im Schoße des Völkerbundes erörtert und entschieden werden müsse. Diese Stellungnahme Brasiliens würde, falls sie tatsächlich in dieser Richtung zum Ausdruck käme, eine sophistische Auslegung des in seinem Inhalt vollkommen klaren brasilianischen Schreibens bedeuten, denn seine prinzipielle Zustimmung wird Brasiliens trotz aller Sophismen nicht leugnen können.

Ob Brasilien für den deutschen Ratssitz stimmen wird, erscheint nach dem Vorhergegangenen sehr unwahrscheinlich, ebenso wie man auch von Spanien annimmt, daß es seine Stimme für Deutschlands Ratssitz nicht abgeben wird. Man vermutet, daß sowohl der Vertreter Spaniens, wie auch der Vertreter Brasiliens sich der Stimme enthalten wird.

Dr. Luthers letztes Wort.

Genf. Reichsminister Dr. Luthers gab verschiedenen ausländischen Journalisten eine Unterredung, in der er u. a. folgendes ausführte:

Deutschland sei nach Genf gekommen, um das Werk von Locarno endgültig der Verwirklichung entgegenzuführen. In Genf habe man aber plötzlich der deutschen Delegation offenbart, daß außer Deutschland noch drei andere Staaten neue Ratssitze erhalten sollen. Das sei ein

Verstoß gegen ein gegebenes Versprechen,

in dem man Deutschland versichert habe, daß es allein in den Rat aufgenommen werden würde. Die deutschen Delegierten dürften die grundsätzliche Gegnererschaft anderer Mächte gegen jede Ratserweiterung nicht abswächen.

Auch der Forderung, Deutschland solle Polen einem nichtständigen Ratssitz zugestehen, halte die deutsche Delegation nach den Völkerbundstatuten für nicht zulässig. Die Forderung bedeute, daß die Interessen einzelner Mächte gegenüber anderen bevorzugt würden.

Die Erteilung der ständigen Ratssitze sei das souveräne Recht der Vollversammlung, und Deutschland würde dieses Recht schädigen, wenn es außerhalb der Vollversammlung eine Entscheidung treffen wolle.

Aus diesem Grunde habe die deutsche Delegation Briands Kompromißvorschlag abgelehnt und werde sich auch jedem anderen Vermittlungsvorschlag gegenüber ablehnend verhalten.

Polens Wutsturz gegen Deutschland.

Deutschfeindliche Demonstrationen in Warschau.

Warschau. Der entschlossene Standpunkt der deutschen Delegation in Genf hat in Warschau große Erregung hervorgerufen. Der Inhalt der polnischen Presse ist ein einziger großer Wutsturz gegen Deutschland und alles, was deutsch ist.

Krawall und Plünderung bei Hindenburg. Der Reichspräsident empfing den deutschen Vorkämpfer in Rom, Freiherren von Neurath, sowie den deutschen Vorkämpfer von Konstantinopel, Raboiny.

Der neue italienische Vorkämpfer beim Reichsaußenminister. Der neue italienische Vorkämpfer in Berlin, Graf Albondani-Marescotti, erstarkte dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann seinen Antrittsbefuch.

Abberufung des Einbecker Landrats.

Berlin. Das preussische Staatsministerium hat den Landrat von Engel (Landkreis Einbeck) abberufen und zum Regierungsrat bei der Regierung Kassel ernannt. Die Abberufung erfolgte, weil Landrat von Engel trotz der bereits erfolgten Befamntgabe der Zulassung des Volksbegehrens in einer Verfügung an die Gemeindeführer am 25. Februar 1926 die öffentliche Auslegung der von den Antragstellern gemäß dem Gesetz über das Volksbegehren den Gemeinden usw. unmittelbar zugesandten Eintragungslisten als unzulässig verboten hatte.

Der Deutsche Offiziersbund gegen Reichsinnenminister Kütz.

Berlin. Die Bundesleitung des Deutschen Offiziersbundes veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt: In seiner Reichstagsrede am 11. d. M. hat Reichsinnenminister Dr. Kütz behauptet, der Kaiser habe von Millionen Deutschen verlangt, daß sie ihr Leben einsehen sollten für die Monarchie. Wer sich der Worte des Kaisers vom 4. August 1914 erinnert: Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche, der muß, wenn ihm über dem Parteihader die Liebe zur Wahrheit steht, bekennen, daß der Kaiser nur an das deutsche Vaterland und dessen Rettung gedacht und dafür nach besten Kräften gewirkt hat.

Der Kütz hat dem Kaiser bereits vorgeworfen, er habe in dem Augenblick, wo die Geschichte erstmalig von ihm selbst ein Einsehen für den monarchischen Gedanken verlangt habe, verjagt.

Es gegen steht fest, daß der Kaiser, um seinem Volk den Bürgerkrieg zu ersparen, und weil ihm das durch unsere Feinde bedrohte Schicksal des deutschen Volkes höher stand als seine Person und die Zukunft seines Hauses, sich zu dem letzten folgenschweren Schritt entschieden hat.

Die Bundesleitung des Deutschen Offiziersbundes weist die unzutreffenden Behauptungen des Ministers, in denen schwere Angriffe gegen den ehemaligen obersten Kriegsherrn liegen, mit Entrüstung zurück.

Der Balkanpakt im Werden.

Budapest. Der jugoslawische Außenminister Nikitsch erklärte in einer Unterredung, daß sofort nach Abschluß eines Schiedsvertrages mit Oesterreich die direkten Verhandlungen über die Realisierung des Balkanpakt-Gedankens beginnen würden. Seine Versprechungen in Paris hätten ihm schon sehr ermutigt, aber die Beratungen mit dem griechischen Außenminister Rufos in Genf hätten seine Erwartungen noch weit übersteigert. Die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Griechenland seien sehr freundschaftlich, beide Staaten eine das Interesse an der Sicherung des Friedens auf dem Balkan. Sobald die Umstände es erlaubten, werde Jugoslawien Vertragsverhandlungen mit Bulgarien aufnehmen.

Beratungen über die Herabsetzung der Besatzungsmärsche.

Paris. In französischen Militärkreisen wird die Frage einer beträchtlichen Verminderung der Rheinarmee entworfen. Die Einzelheiten, die zunächst nach Frankreich zurückgeschickt werden, werden wahrscheinlich die Wehr Jäger, das 21. und 26. Infanterieregiment, das Generalstab und die Artillerie der 4. Division sein. Weiter soll der Generalstab eines Armeekorps aufgestellt werden. Die Generalstab der Armee und die ihm unterstehenden Dienststellen sollen in der Zone von Metz, Forbach und Bilsch untergebracht werden, der Generalstab des 6. Armeekorps in Chalon. Eine baldige Entscheidung über dieses Projekt, das bereits seit einiger Zeit geprüft wird, steht in Aussicht.

Das Mißtrauensvotum gegen den Reichsinnenminister.

Berlin. Die Abstimmung über das am Donnerstag von den Deutschnationalen gegen den Innenminister Dr. Kütz eingebrachte Mißtrauensvotum wird voraussichtlich am nächsten Donnerstag im Plenum des Reichstages stattfinden.

Ueber die Mehrheitsverhältnisse bei dieser nennentlichen Abstimmung kann vorläufig gesagt werden, daß die gesamte Regierungskoalition und die Sozialdemokraten dieses Mißtrauensvotum ablehnen werden. Die Zweifel, die von einigen Seiten darüber geäußert wurden, ob die Deutsche Volkspartei ebenfalls diesen Antrag ablehnen werde, sind unbegründet. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß sie in ihrer Eigenschaft als Koalitionspartei selbstverständlich den Innenminister nicht fallen lassen kann. Dies schließt natürlich nicht aus, daß einzelne Mitglieder der Deutschen Volkspartei die Auslassungen des Innenministers, so weit sie sich gegen die Person des früheren Kaisers richteten, in der Form mißbilligen, und es ist möglich, daß einige rechtsstehende Abgeordnete dieser Fraktion bei dieser Abstimmung nicht anwesend sein werden.